Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.

Anzeigenpreis (ebenfalls Kampfpreise): im Amtsblattbezirk der 8spaltige Grundzeile 500 000 M. (Familienanzeigen u. Stellengesuche Beschäftigter 100 000 M.), ausw. 550 000 M., im amtl. Teil die halbe Zeile 1 200 000 M., ausw. 1 400 000 M., im Reklameteil die Petitzeile 1 200 000 M., ausw. 1 400 000 M. freibleibend.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 276. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart. Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 213. Donnerstag, den 13. September 1923. 76. Jahrg.

Mehl- und Brotpreise.

Infolge Vervielfachung der Getreidepreise, sowie erheblicher Steigerung der Kohlenpreise, Frachten, Arbeitslöhne und sonstigen Unkosten erhöhen sich mit Belieferung der Brotmarke 89 die Preise wie folgt:

1000 g	Roggenbrot	Mk. 1 130 000.—,
1900 g	„	„ 2 150 000.—,
2900 g	„	„ 3 280 000.—,
75 g	Weizengebäck	„ 106 000.—,
300 g	Weizenmehl	„ 550 000.—,
500 g	„	„ 900 000.—,

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 11. September 1923.

Auf Blatt 454 des Handelsregisters, **Wäsche-Industrie-Aktiengesellschaft** in **Schneeberg** betr., ist heute eingetragen worden, daß die Generalversammlung vom 20. Februar 1923 die Erhöhung des Grundkapitals um achtzehn Millionen Mark, zerfallend in eintausendachthundert Aktien zu zehntausend Mark, mithin auf einundzwanzig Millionen Mark, beschlossen hat und daß die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals erfolgt ist.

Amtsgericht Schneeberg, am 4. September 1923.

Aue. Nachdem das besoldete Ratsmitglied Herr **Max Ziegler** vom Stadtverordnetenkollegium wiedergewählt worden ist, wurde Herr Stadtrat Ziegler in der heutigen Ratssitzung anderweit verpflichtet und ins Amt eingewiesen.

Aue, den 11. September 1923. **Der Rat der Stadt.**

Schwarzenberg. Ein vier Monate altes Mädchen ist in gute Familienpflege zu geben. Angebote wollen bis spätestens 15. September an das städtische Wohlfahrtsamt — Stadthaus II, Zimmer Nr. 8 — abgegeben werden.

Schwarzenberg, am 8. September 1923. **Der Rat der Stadt. — Wohlfahrtsamt. —**

Schwarzenberg. Herr Kaufmann Zimpel ist infolge geschäftlicher Behinderung aus dem Stadtverordnetenkollegium ausgeschieden. An dessen Stelle ist gemäß Paragraph 32 des Gesetzes, die Stadtverordnetenwahlen betreffend, Herr Oberstudiendirektor Dr. Walter Fröbe in das Stadtverordnetenkollegium eingetreten. Herr Dr. Fröbe ist am 7. September ds. Js. in sein Amt eingewiesen worden.

Schwarzenberg, am 10. September 1923. **Der Rat der Stadt.**

Die Anleihen der Stadt Lößnitz

von den Jahren 1884 und 1905 werden hiermit für den 15. März 1924 aufgekündigt mit der Maßgabe, daß Kapital nebst Zinsen bis zu diesem Termine bereits von heute ab gegen Rückgabe der Schuldurkunden und Zinsbogen von unserer Stadthauptkasse und der Stadtgirokasse ausgezahlt werden.

Lößnitz, den 11. September 1923. **Der Rat der Stadt, Tauscher, Bürgermeister.**

Nutzholzversteigerung. **Sosaer Staatsforstrevier.**

Die für Freitag, den 14. dss. Mts., angesetzte Holzversteigerung findet nicht von vorm. ½9 Uhr, **sondern von nachm. 2 Uhr an statt.**

Forstrevierverwaltung Sosa. **Forstrentamt Eibenstock.**

Vorbesprechungen.

In Berlin haben zwischen der deutschen Regierung und dem französischen Botschafter „Vorbesprechungen" stattgefunden. Es wird uns kindisch anmutender Wert darauf gelegt, daß es tatsächlich nur Vorbesprechungen und keine „Verhandlungen" gewesen seien. Das Volk legt keinen Wert auf solche feine diplomatische Unterscheidungen, sondern lediglich darauf, was aus der Sache herausspringt. Das Ziel, so wird erklärt, sei für die Reichsregierung nichts weiter, als die Wiederherstellung und die Sicherung der Souveränität des Deutschen Reiches über das Rhein- und Ruhrgebiet. Der Reichskanzler habe sich am Donnerstag durch Besprechungen mit allen Abgeordneten der besetzten Gebiete die Zustimmung dieser maßgebenden politischen Persönlichkeiten zu seinem bisherigen und seinen künftigen Schritten in dieser Richtung verschafft. Das Reichskabinett sei auch der Auffassung, daß seine außenpolitische Idee von der großen Mehrheit des Volkes gebilligt werde. Ausgegangen soll die Anknüpfung dieser Unterhaltungen von deutscher Seite sein.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß die außenpolitische Idee des Reichskabinetts dem deutschen Volke nicht bekannt ist. Es ist ihm noch nicht klipp und klar gesagt worden, was die deutsche Regierung eigentlich will. Was dagegen Poincare will, weiß jedes Kind in Deutschland: Erst Bezahlung, dann Freigabe der besetzten Gebiete. Und da es der Herr in der Hand hat, was unter Bezahlung zu verstehen ist, so liegt die Vermutung nahe, daß von einer Aufgabe der rechtswidrigen Besetzung und der damit verbundenen Widrigkeiten keine Rede sein wird.

Die Formel Wiederherstellung und Sicherung der Souveränität des Deutschen Reiches über das Rhein- und Ruhrgebiet birgt sehr dehnbare Begriffe in sich. Die Tatsachen, die bisher bekannt geworden sind, lassen nicht den Eindruck aufkommen, daß sie in einem Sinne ausgelegt worden sind, der für Deutschland einigermaßen günstig ist. Die Lage ist für Frankreich nie so glänzend gewesen, wie in diesem Augenblicke. Es wird also seine Ansprüche, die es tausendmal erhoben hat, nicht zurückschrauben, sondern erweitern. Darüber sollte man durch pflaumenweiche offiziöse Erklärungen das deutsche Volk nicht hinwegzutäuschen versuchen. Man hat uns oft genug Widerwärtigkeiten mit einem Zuckerguß vorgesetzt, jetzt tut die nackte Wahrheit mehr denn je not, auch wenn sie uns noch so hart trifft. Die Regierung ist sie dem ganzen Volke, das den Ruhrkampf mit durchgefochten hat, schuldig, insbesondere aber denen, die acht Monate hindurch die Knute Poincares am eigenen Leibe gespürt haben.

• • •

Deutsch-französische Besprechungen in Berlin.

Berlin, 11. Sept. Nach einer Meldung des „Daily Expreß" soll der französische Botschafter in Berlin in der Wilhelmstraße vorgesprochen haben, um mündliche Eröffnungen der Reichsregierung entgegenzunehmen.

Dazu wird offiziös mitgeteilt: Die Mitteilung ist in dieser Form, wie auch am Quai d'Orsay erklärt wird, unzutreffend. Richtig ist, daß seitens des neuen Kabinetts persönliche Beziehungen mit den Vertretern aller Mächte aufgenommen worden sind, und daß auch der französische Botschafter und der Reichskanzler Gelegenheit hatten, in einem Gedankenaustausch über die gegenwärtige Lage einzutreten. Ein Rätselraten über den Inhalt dieser Unterredungen dürfte sich naturgemäß erübrigen. Die grundsätzliche außenpolitische Auffassung der Reichsregierung ist durch die bisherigen Reden des Reichskanzlers zur Genüge zum Ausdruck gekommen. Soweit eine Ergänzung erforderlich erscheint, wird sie morgen abend in der bereits angekündigten Rede des Reichskanzlers erfolgen. Wenn im Zusammenhang mit diesen Erwägungen die Frage der Wiederbesetzung des Botschafterpostens in Paris und des Gesandtenpostens in Brüssel in der Presse erörtert worden ist, so eilen diejenigen Meldungen, die von Tatsachen sprechen und bestimmte Namen kombinieren, den Ereignissen voraus. Die Wiederbesetzung beider Posten ist übrigens bereits unter der Regierung Cuno erwogen worden; sie wird zum gegebenen Zeitpunkte erfolgen. — Das „B. T." bemerkt hierzu, daß, wenn bei dem Besuch, den de Margerie im Auswärtigen Amt abgestattet hat, während der Unterhaltung auch die Reparationsfrage berührt wurde, man darin noch keine Verhandlungen erblicken könne. Ob sich aus solchen gelegentlichen inoffiziellen Gesprächen die Möglichkeit zu einer offiziellen Aussprache ergebe, bleibe abzuwarten. Auch sei die Behauptung unrichtig, daß die deutsche Regierung die Absendung einer Note an die französische und die belgische Regierung beabsichtige.

• • •

Optimismus in England.

London, 10. September. Die Blätter sind nach wie vor voll von Meldungen, die eine baldige Entspannung in der Ruhr- und Reparationsfrage, vielleicht schon im Verlauf weniger Tage erwarten lassen. So schreibt der politische Berichterstatter des „Evening Standard", daß jetzt, nachdem der griechische Streitfall beigelegt sei, das Reparationsproblem innerhalb zehn Tagen in den Vordergrund rücken werde. Die Ferien Baldwins gingen ihrem Ende entgegen. Er sei nächste Woche wieder hier zu erwarten. In der Zwischenzeit hätten verschiedene Anzeichen darauf schließen lassen, daß Fortschritte in bezug auf das Einverständnis zwischen England und Frankreich erzielt worden seien. Dieses Gerücht sei wohl begründet. Es sei deshalb nicht überraschend, wenn Baldwin auf seiner Durchreise nach Paris Poincare einen kurzen Besuch abstatten werde, und wenn Baldwin dem Kabinett, das sofort nach seiner Rückkehr zusammenberufen werden dürfte, endgültige Vorschläge machen werde. Die baldige Abhaltung einer alliierten Konferenz in Paris sei keineswegs unwahrscheinlich, wenn auch nichts hierüber vereinbart worden sei.

Westorientierung?

Man schreibt dem „E. B.":

WW. Reichskanzler Dr. Stresemann hat am 2. September in seiner Stuttgarter Rede darüber gesprochen, daß die schwebenden kontinental-europäischen Probleme, insonderheit die Reparationsfrage, am besten durch ein enges wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich gelöst werden würden. In manchen deutschen Kreisen ist diese Aeußerung als ein Anzeichen dafür angesehen worden, daß der neue Kanzler Anhänger einer „Westorientierung" und insonderheit der sogenannten „Kontinental-Politik" sei. Ein augenscheinlich amtlich inspiriertes Pariser Blatt hat sich denn auch prompt gegen die Stresemann'sche Idee gewandt und höchstens eine gemeinsame Ausnutzung der lothringischen Eisenerze und der westdeutschen Kohlen für diskutabel erklärt.

Selbst ausgesprochene Kontinental-Politiker, d. h. Anhänger einer französischen Orientierung, werden nicht erwartet haben, daß die sachlich inhaltreichen und taktisch entgegenkommenden Ausführungen des Kanzlers die Politiker in Paris und Brüssel alsbald zu einer Aenderung ihres politischen Kurses bestimmen würden. Immerhin glaubte man im deutschen Volke vielfach, der Weg zu aussichtsreichen Verhandlungen mit Frankreich und England sei geebnet und könne heute mit mehr Aussicht auf Erfolg als irgend vorher beschritten werden. Zum mindesten glaubte man erwarten zu dürfen, daß Poincare während der nächsten Zeit keine weitere Steigerung der Gewaltmethoden an Rhein, Ruhr und Saar verfügen werde. Diese Erwartung ist gründlich getäuscht worden. Die Interalliierte Rheinland-Kommission hat Anfang der Woche eine neue Ordonnanz erlassen, der zufolge die Delegierten der Rheinland-Kommission in alle Dokumente der deutschen Verwaltung im besetzten Gebiete Einsicht nehmen dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Freiheits- und Geldstrafen bezw. mit Ausweisung bedroht. Das ist aufs Haar genau die Anwendung der von dem französischen Kammermitglied Dariac in seiner Denkschrift vom 28. Mai 1922 empfohlenen Grundsätze zur Französierung des Rheinlandes. Unzweifelhaft steht die drakonische Verschärfung der Grenzsperre im Westen in engem Zusammenhang mit der neuesten Rheinland-Ordonnanz. Die Politik des Kabinetts Stresemann hat also zweifellos Ergebnisse gehabt, wenn auch nicht die von manchen Deutschen erwarteten.

Die Reden des Kanzlers vom 24. August vor dem Industrie- und Handelstag in Berlin und vom 2. September in Stuttgart haben überall in der Welt die einer friedlichen Beilegung der europäischen Konflikte geneigten Politiker vollauf befriedigt. Poincare sowie seinen französischen und belgischen Freunden droht damit eine Verschärfung der sich allmählich vollziehenden moralischen Isolierung. Poincare fürchtet, die deutschen Vorschläge könnten bei den übrigen Verbandsmächten einleuchten und die leitenden Staatsmänner Englands, Amerikas und Italiens zu einer Intervention veranlassen. Eine geschäftliche Lösung des Reparationsproblems würde aber die französisch-belgische Gewaltpolitik in Westdeutschland zum Stillstand bringen. Darum möchte Poincare die politische und wirtschaftliche Eroberung des Rheinlandes mit allen Kräften fördern, ehe ihm andere Mächte in den Arm fallen. Die Vorschläge und Anregungen Dr. Stresemanns haben also gerade das Gegenteil dessen erreicht, was mancher bei uns sich von ihnen versprochen hat, nämlich statt einer Milderung nur Verschärfung der Lage.

Trotzdem hat das neue Reichskabinett gut daran getan, eine innen- und außenpolitische Aktivität zu entfalten. Dadurch wird das Wichtigste geleistet, was der Lösung der Probleme selbst vorausgehen muß: die Klärung der Geister. Nicht nur in gewissen verbohrten Kreisen Deutschlands, sondern auch bei allen denkenden Politikern des Auslandes wird der Wahn zerstört werden, daß man Frankreich durch Zahlungen und Leistungen Deutschlands versöhnen könne. Das Frankreich Poincares würde nur durch unseren Tod versöhnt.

Es ist wohl überflüssig, zu beweisen, daß eine „Westorientierung", welche unseren politischen und wirtschaftlichen Untergang herbeiführen muß, höchstens vorübergehende taktische Bedeutung haben, nie aber das eigentliche Ziel einer deutschen Politik sein kann.

Vergewaltigt.

Buer, 11. September. An einem der letzten Abende wurden auf dem Wege von Buer nach Hassel eine 20jährige Bürobeamtin und ein 16jähriges Mädchen von einem belgischen Feldwebel und einem belgischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. Die beiden Soldaten konnten festgestellt und verhaftet werden.

•

Düsseldorf, 11. September. Der Arbeiter Rolden, der am Eisenbahndamm im Stadtteil Schlingern Brombeeren suchte, wurde von einer französischen Wache mißhandelt und schließlich den Bahndamm hinuntergeworfen. Rolden mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

•

Gelsenkirchen, 11. September. Die Franzosen hatteten heute mittag der städtischen Hauptkasse ihren allwöchentlichen Besuch ab. Mit vorgehaltenem Revolver nahmen sie die Kassenbestände fort, wobei ihnen nicht weniger als 41,9 Milliarden Mark in die Hände fielen.

Buer, 11. September. Heute vormittag erschien eine Abteilung Belgier auf dem Rathaus und besetzte die städtische Kasse. Alles vorhandene Geld, etwa 60 bis 70 Milliarden, wurde weggenommen, weil es nach Ansicht der Belgier zur Auszahlung an Erwerbslose bestimmt sei. Die auf Auszahlung wartenden Erwerbslosen wurden aus dem Rathause vertrieben.